



Redebeitrag

von

**Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

„Solide Staatsfinanzen – Gesundes Wachstum – Gute Zukunft“

**am 20. Oktober 2010
in Kaisheim**

Vielen Dank für die Einladung, der ich gerne nachgekommen bin. Mit Ihnen über die Entwicklung der Staatsfinanzen und die Handlungsnotwendigkeiten der Finanzpolitik auf allen föderalen Ebenen zu diskutieren, gibt mir Gelegenheit, die Position der Bundesregierung zu zentralen Zukunftsfragen darzustellen.

Ausgangssituation

Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung haben wir auf allen staatlichen Ebenen in den letzten beiden Jahren einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise geleistet. Die Rückgewinnung verloren gegangenen Vertrauens war die wichtigste Aufgabe, um rasch zu einer positiven Wirtschaftsentwicklung zurückzukehren.

Heute wissen wir: Deutschland hat die unmittelbaren Herausforderungen der Krise besser und schneller gemeistert als man es erwarten konnte.

So haben in der vergangenen Woche auch die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose bestätigt, dass sich die deutsche Wirtschaft mittlerweile in einem sehr

kräftigen Aufschwung befindet. Die Institute erwarten für 2010 ein reales Wachstum von 3,5% und für das nächste Jahr 2,0%. Morgen wird die Bundesregierung ebenfalls ihre aktuellen Wachstumserwartungen bekannt geben; sie werden in ähnlicher Größenordnung liegen.

Als besonders erfreulich erweist sich dabei, dass der Aufschwung auch an Breite und Ausgewogenheit gewonnen hat. So ist der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage inzwischen wesentlich höher als der Beitrag der Nettoexporte. Sowohl die Investitionen als auch die private Konsumnachfrage werden in einem erfreulich starken Ausmaß ausgeweitet.

Grundlage des binnenwirtschaftlichen Wachstums ist die steigende Beschäftigung. Der Arbeitsmarkt hat sich – auch dank der politischen Stützungsmaßnahmen und der erfolgreichen Zusammenarbeit der Sozialpartner – bereits in der Krise geradezu erstaunlich robust gezeigt.

Im Aufschwung profitiert er nun zusätzlich von der Erholung der Weltwirtschaft und von der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. So hat

sich die Arbeitslosenzahl deutlich verringert und Beschäftigung wurde aufgebaut.

Die derzeitige positive Entwicklung darf aber keinesfalls zu Passivität verleiten! Ganz im Gegenteil: Die deutlich verbesserten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollten uns allen ein Ansporn sein, den notwendigen Modernisierungskurs gerade auch im öffentlichen Sektor konsequent fortzusetzen.

Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund der Lage der öffentlichen Haushalte, die sich durch die Krise ja in gravierendem Maße verschlechtert hat: Das gesamtstaatliche Defizit steigt in diesem Jahr auf rund 4 % des Bruttoinlandsprodukts, also weit über den 3 %-Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU. Beim Schuldenstand rechnen wir in diesem Jahr mit einem Anstieg auf rund 75 % des Bruttoinlandsprodukts. Seit Anfang der siebziger Jahre hat sich die Schuldenquote damit fast vervierfacht.

Finanzpolitische Exit-Strategie und Schuldenregel

Die Verschlechterung der Haushaltslage betrifft alle staatlichen Ebenen. Die Umsetzung eines glaubwürdigen Konsolidierungskurses ist daher

nun die entscheidende finanzpolitische Aufgabe der nächsten Jahre, der sich alle Gebietskörperschaften stellen müssen.

Denn gerade in der Krise hat sich gezeigt, wie notwendig tragfähige Haushalte für die Handlungsfähigkeit von Staaten, das Vertrauen von Bürgern und Investoren und eine stabile Währung sind.

Die Entwicklung in anderen Ländern verdeutlicht: Wenn man erst einmal zu Getriebenen der Kapitalmärkte geworden ist und schon die Zinszahlungen erdrückend hoch sind, dann ist jeglicher Handlungsspielraum für politische Gestaltung bereits verspielt.

In diese Situation wollen wir in Deutschland nicht kommen, und in diese Situation werden wir auch nicht kommen, wenn wir gemeinsam dem Konsolidierungskurs folgen, den uns die neue Schuldenbremse des Grundgesetzes vorgibt.

Die neue Schuldenregel folgt der fundamentalen Einsicht, dass weder Ausgabensteigerungen noch Steuersenkungen dauerhaft über Kreditaufnahme finanziert werden dürfen. Bund und Länder

müssen deshalb ihre Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten ausgleichen.

Das neue Regelwerk ist ab dem Haushalt 2011 wirksam und gibt somit einen verbindlichen Rahmen für den „Ausstieg“ (neudeutsch: Exit) aus der extrem expansiven Haushaltspolitik der beiden Krisenjahre vor.

Hierbei haben wir uns an den Vorgaben des sogenannten „präventiven Arms“ des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts orientiert und ihn auf nationaler Ebene verbindlich umgesetzt.

Damit dienen wir inzwischen durchaus auch als Reformvorbild für andere europäische Länder.

Die enge Begrenzung der strukturellen Verschuldungsspielräume führt dazu, dass die Schuldenstandsquote künftig kontinuierlich und nachhaltig zurückgeht – und dies auch dann, wenn man von sehr vorsichtigen Annahmen für den langfristigen Wachstumspfad ausgeht.

Ich möchte unterstreichen, was im Koalitionsvertrag steht: „Nur eine durchgreifende Konsolidierungspolitik verschafft dem Staat Spielräume, um zu gestalten und den Bürger zu

entlasten.“ Sparen ist Voraussetzung für Handlungsfähigkeit!

Mit der neuen Regel beseitigen wir auch einen wesentlichen Konstruktionsfehler der alten Schuldenregel: Häufig wurden in der Vergangenheit die Defizite in konjunkturell ungünstigen Zeiten ausgeweitet, während in guten Zeiten eine entsprechende Rückführung der Neuverschuldung ausblieb. Deshalb geben wir bereits jeden achten Euro für Zinsen aus – und das trotz aktuell äußerst niedriger Zinssätze! Das darf so nicht weitergehen!

Die neue Schuldenbremse wirkt dagegen über den Konjunkturverlauf symmetrisch. Rein konjunkturbedingte Haushaltsentlastungen in wirtschaftlich guten Zeiten erlauben uns daher nicht mehr, bei der Konsolidierung nachzulassen. Auch und gerade konjunkturell günstige Zeiten sind zwingend dafür zu nutzen, die viel zu hohen Defizite nachhaltig zurückzuführen und auf ein dauerhaft tragfähiges Maß zu begrenzen.

Für dieses zentrale Ziel der Schuldenbremse gilt es in der Öffentlichkeit zu werben – gerade in diesen Tagen, in denen Haushaltsberatungen vor

dem Hintergrund positiver Konjunkturnachrichten stattfinden!

Aber ich will noch einmal betonen: Bei der zukünftigen Konsolidierungsaufgabe geht es nicht nur um die bloße Erfüllung rechtlicher Anforderungen. Vielmehr stärken die Vorgaben der Schuldenbremse das Vertrauen in die Berechenbarkeit und Stetigkeit der Politik und tragen entscheidend zu stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei.

Nachhaltige Reform der Gemeindefinanzen

Dem Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik dienen nicht zuletzt unsere Reformbemühungen im Bereich der Gemeindefinanzen. Auch die Kommunen als Träger der lokalen Demokratie müssen handlungsfähig bleiben.

Nur mit einer verlässlichen Finanzierung, d.h. mit einer Stabilisierung ihres Steueraufkommens, können die Städte und Gemeinden ihrer Rolle als wichtigster öffentlicher Investor gerecht werden. Eine Verstetigung der kommunalen Investitionstätigkeit stärkt unmittelbar die mittelständisch geprägte Wirtschaft vor Ort und ist

zugleich ein Beitrag zu stärkerer politischer Eigenständigkeit!

In der Gemeindefinanzkommission werden hierzu drei Modelle geprüft. Das erste ist das sog. **Prüfmodell** des Koalitionsvertrages, das den Ersatz der Gewerbesteuer durch kommunale Zuschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer vorsieht. Das zweite ist das **Kommunalmodell**, eingebracht von den kommunalen Spitzenverbänden. Dieses sieht den Ausbau der heutigen Gewerbesteuer vor. Als drittes Modell erwähne ich das von der **Stiftung Marktwirtschaft**. Dieses Modell will die Gewerbesteuer ersetzen durch eine Unternehmenssteuer und eine Bürgersteuer, welche von den Kommunen zu erheben sind.

Es besteht Einvernehmen in der Kommission, dass die aktuellen Probleme der Kommunen nicht allein über die Einnahmenseite zu lösen sind. Deswegen werden auch Entlastungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite geprüft, z.B. durch Flexibilisierung von Standards. Darüber hinaus sollen Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung erarbeitet werden.

Der Bund ist an einem erfolgreichen Abschluss der Beratungen der Gemeindefinanzkommission interessiert. So hat Bundesminister Schäuble in seiner Haushaltsrede im Deutschen Bundestag bekräftigt, dass die Stabilisierung der Kommunalfinanzen eine zentrale Aufgabe ist, die im gesamtstaatlichen Verbund von Bund, Ländern und Kommunen geleistet werden muss.

Wachstumsfreundliche Konsolidierungspolitik auf Bundesebene

Der Bund kann seiner Verantwortung nur gerecht werden, wenn er selbst bei der Konsolidierung mit gutem Beispiel vorangeht und der Rückführung seiner Neuverschuldung höchste Priorität einräumt.

Denn gerade für den Bund ist die Herausforderung immens: Trotz der derzeitigen Verbesserungen im Haushaltsvollzug wird der Bundeshaushalt 2010 ein historisches Rekorddefizit aufweisen. Zum gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit dieses Jahres wird der Bund mit einem Anteil von fast zwei Dritteln beitragen!

Die Gesamtverschuldung allein des Bundes wird in diesem Jahr die Grenze von einer Billion Euro überschreiten!

Alle Meinungsumfragen zeigen ganz klar: Die Sorge der Menschen in Deutschland vor hohen Staatsschulden kann die wirtschaftliche Entwicklung und Inlandsnachfrage erheblich beeinflussen. Um das Vertrauen von Investoren und Konsumenten zu stärken, ist die Rückkehr zu soliden Finanzen in der jetzigen Situation die beste Wachstumspolitik!

Das national und international manchmal vorgebrachte Argument, Deutschland solle die Staatsausgaben noch möglichst lange auf dem hohen Krisenniveau halten, um „den beginnenden Aufschwung nicht abzuwürgen“, hat sich daher erledigt.

Alle Erfahrungen belegen, dass in Zeiten hoher Staatsverschuldung nachhaltiges Wachstum nur über entschlossene und glaubwürdige Haushaltskonsolidierung erreicht werden kann.

Mit Blick auf konkrete Maßnahmen zur Konsolidierung stimme ich ausdrücklich nicht der oft vorgetragenen Sichtweise zu, die Haushaltsdefizite seien Ausdruck einer chronischen Unterfinanzierung des Staates. Der weltweit sprunghafte Anstieg der Staats-

verschuldung geht zurück auf einen Anstieg der Staatsausgaben – vor allem krisenbedingt, aber auch mit einem ungunstigen Trend vor der Krise. Wir müssen diesen Trend wieder umkehren, indem wir strikte Ausgabendisziplin üben.

Das ist sicher nicht der politisch bequemste Weg! Da aber allein die Ausgabenblöcke Soziales, Zinsausgaben und Personalausgaben derzeit rund drei Viertel der gesamten Bundesausgaben ausmachen, ist klar, dass man auch und gerade hier ansetzen muss, wenn man Konsolidierungs- und Wachstumspolitik in Einklang halten will. Ansonsten bliebe immer weniger Spielraum für Zukunftsaufgaben wie Bildung und Infrastruktur! Das wäre kontraproduktiv für dauerhaft kräftiges und gesundes Wachstum.

Mit dem Haushalt 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 setzen wir das Zukunftspaket der Bundesregierung um und halten die Defizitobergrenzen der Schuldenbremse strikt ein. Wir führen die Neuverschuldung Schritt für Schritt zurück und drehen damit auch den Trend bei der Entwicklung der Gesamtverschuldung.

Bei der Konzeption unseres Zukunftspakets bestand von vornherein Konsens: Wir sparen nicht an Investitionen in die Zukunft; Bildung und Forschung als zentrale Säulen einer präventiv wirkenden Politik haben Vorrang. Eine Bildungspolitik, die Aufstiegschancen schafft, schützt am besten vor Arbeitslosigkeit und erhöht zugleich die Produktivität.

Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen deshalb wie vorgesehen im Zeitraum 2010 bis 2013 allein durch den Bund um zusätzlich 12 Milliarden Euro erhöht werden. Der Bund leistet damit seinen Beitrag zum Erreichen des national vereinbarten Ziels, die Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.

Aber: Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Daher sind auch die Länder, Kommunen und nicht zuletzt die Wirtschaft gefordert, ihren Beitrag zur Erreichung des 10 %-Ziels zu leisten.

Im Hinblick auf den demografischen Wandel und auf Engpässe beim Fachkräfteangebot müssen wir zudem unser Erwerbspersonenpotenzial besser ausschöpfen. Auch deshalb sind unsere

Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherung vor allem auf eine Stärkung der Arbeitsanreize ausgerichtet.

Weitere strukturelle Reformen werden dabei helfen, das Potenzial für nachhaltiges Wachstum in Deutschland zu verbessern. So werden wir mit Steuervereinfachung und Bürokratieabbau sowohl die Leistungsbereitschaft der Bürger als auch die unternehmerische Dynamik weiter stärken. Darüber hinaus erhöhen die geplanten Reformen im Bereich des Wettbewerbs- und Insolvenzrechts die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen.

Stabilität in der Eurozone

Zu den zentralen Elementen einer zukunftsfesten Wirtschafts- und Finanzpolitik gehört auch die Stärkung der Eurozone.

Wie eng unsere Politik mit den Entwicklungen in der EU und der Eurozone verbunden ist, haben die Ereignisse der letzten Monate – leider auf mitunter dramatische Weise – in Erinnerung gerufen.

Die Stabilität der gemeinsamen Währung ist in unserem ureigensten Interesse. Das heißt auch: Die Abwendung der Insolvenz Griechenlands

durch ein Hilfspaket und die Einrichtung der europäischen Finanzstabilisierungsfazilität waren ohne Alternative.

Die EU hat damit Handlungsfähigkeit bewiesen und das richtige Signal an die Märkte gesendet. Doch müssen wir jetzt Lehren auch aus dieser Krise ziehen und dürfen auch auf diesem Feld nicht in den Reformbemühungen nachlassen.

Die Krise hat uns vor Augen geführt, dass das bestehende Instrumentarium der EU nicht ausgereicht hat, finanz- und wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, die die Stabilität des Euro gefährden.

Auf europäischer Ebene haben wir nun einen ersten wesentlichen Durchbruch zur Verbesserung der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung geschafft. Dies ist ein wesentlicher Verdienst von Bundesfinanzminister Dr. Schäuble, der sich in der Arbeitsgruppe von EU-Kommissionspräsident van Rompuy massiv für eine Härtung des Stabilitätspaktes eingesetzt hat. Der Sanktionsmechanismus wird verschärft. Die Sanktionen kommen in Zukunft früher, und werden schärfer und schneller umgesetzt. Auch

der präventive Arm des Stabilitätspaktes wird verstärkt, Länder mit hohen Schulden werden in Zukunft noch stärker konsolidieren müssen.

Auch setzen wir uns für eine angemessene Beteiligung des Privatsektors an der Lösung von Staatsschuldenkrisen ein. Künftig sollten private Investoren zu einer verantwortungsvollen Risikoeinschätzung veranlasst werden, indem ihre Mithaftung im Schadensfall – also bei Zahlungsunfähigkeit eines Landes – von vornherein klargestellt und gewährleistet wird.

Deutschland muss sich bei allen Reformdebatten als DER Stabilitätsanker in Europa erweisen. Wir müssen wieder anfangen, mit gutem Beispiel voranzugehen. Denn verbesserte Regeln, Verfahren und Instrumente wirken nur, wenn sie auch befolgt werden.

Dass wir in diese schwierige Lage geraten sind, hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass wir selbst das finanzpolitische Regelwerk in den Jahren 2003-2005 ein Stück weit außer Kraft gesetzt haben. Manch einer in Europa hat das so interpretiert, dass die früheren Verfechter von

Stabilität den Stabilitäts- und Wachstumspakt selbst nicht mehr für wichtig hielten.

Reformen auf den Finanzmärkten

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Defizite im Ordnungsrahmen unserer Wirtschaftssysteme deutlich aufgezeigt. Bei Wirtschaftswachstum, Verschuldung und auch auf den Finanzmärkten gab es Entwicklungen, die nicht nachhaltig waren.

Der Staat muss daher die Rahmenbedingungen so setzen, dass Fehlentwicklungen, die zu massiven real- und finanzwirtschaftlichen Verwerfungen führen, künftig vermieden werden. Ein wichtiges Stichwort ist in diesem Zusammenhang – übrigens ganz im Sinne von Ludwig Erhard – die Stärkung von Haftung und Verantwortung.

Daher bleibt auch eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte eine wichtige Aufgabe.

Gewinnchancen und Haftung müssen hier in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Es besteht durchaus ein Zusammenhang mit der Euro-Staatsschuldenkrise: Wären die Finanzmärkte in einer besseren Verfassung gewesen, hätten sie auch die Insolvenz eines

wirtschaftlich kleinen Euro-Landes absorbieren können.

Umso wichtiger ist daher die Arbeit an einer gestärkten Finanzarchitektur mit erhöhter Risikovorsorge und Transparenz. Dabei erzielen wir derzeit gute Fortschritte, wie die neu geschaffenen europäischen Aufsichtsbehörden beweisen. [Rat für Systemrisiken (ESRE), Aufsichtsgremien für Banken (EBA), Versicherungen (EIOPA) und Börsen (ESMA)]

Schlussbemerkungen

Mit den Maßnahmen im Bereich der Konjunkturstützung, der Finanzmarktstabilisierung und der Stabilisierung des Euro hat Deutschland zusammen mit seinen europäischen und internationalen Partnern wirkungsvoll zur Abwehr der Krise gehandelt.

Jetzt gilt es aber aus der Krise zu lernen, klare Regeln zu definieren und vor allem die öffentlichen Haushalte zu sanieren. Die Menschen müssen in die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates vertrauen können!

Die Einhaltung der Konsolidierungsvorgaben der Schuldenbremse kann dabei nur gelingen, wenn eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik Hand in Hand geht mit einer nachhaltigen Stärkung der Wachstumsgrundlagen unserer Volkswirtschaft.

Unsere Konsolidierungspolitik zielt daher darauf ab, ökonomische Stabilität dauerhaft zu sichern und Handlungsspielräume für politische Gestaltung zurück zu gewinnen. Damit wir für unsere Kinder und Enkel ein lebenswertes und zukunftsfähiges Land erhalten können.